

Postwachstumsökonomie

Hintergrund und Entstehung

Anknüpfend an die Wachstumsdebatte der 1970er Jahre (Meadows et al. 1972) entstand die Postwachstumsökonomie innerhalb einer zweiten Welle wachstumskritischer Strömungen in den 2000er Jahren. Dies geschah insb. als Reflex auf die gescheiterte Entkopplung wirtschaftlichen Wachstums von Umweltschäden durch ökologische Effizienz oder Konsistenz. Basierend auf thermodynamischen Gesetzen (Georgescu-Roegen, 1971) gründet Postwachstumsökonomie auf einem ökonomischen System, das innerhalb ökologischer Grenzen ohne Wachstum des Bruttoinlandsproduktes stabilisiert werden soll. Die nötige Transformation verlief in modernen Konsumgesellschaften verringernd (reduktiv), teilweise als De-Industrialisierung und De-Globalisierung. Im Gegensatz zum sog. „Grünen Wachstum“, aber auch abweichend von anderen wachstumskritischen Positionen betont die Postwachstumsökonomie u.a. eine mikroökonomische Bekräftigung individueller Lebens- und Versorgungspraktiken. Deren notwendige Begrenzung folgt daraus, dass industrielle Spezialisierung und globale, weitreichende („entgrenzte“) Mobilität nicht ökologisch neutralisiert werden können.

Inhaltlicher Rahmen und Umsetzungsschritte

Um ökologische Grenzen messbar zu machen, wird u.a. Bezug auf das Zwei-Grad-Klimaschutzziel genommen. Demnach stünde jeder Person ein jährliches CO₂-Kontingent von etwa einem Fünftel des derzeitigen EU-Durchschnittswertes zu (Budget-Ansatz des [WGBU](#), 2009). Dies impliziert ein vierstufiges Reduktionsprogramm.

Sesshaftigkeit und Suffizienz

Die Postwachstumsökonomie setzt materiell begrenzte Konsum- und Mobilitätsansprüche voraus und nimmt dabei Bezug auf drei Kausalitäten: Suffizienz (1) als Reaktion auf Erschöpfungsphänomene (Ehrenberg, 2004), „Befreiung vom Überfluss“ (Paech, 2012), zeitökonomische Rationalität unter Berücksichtigung überstrapazierter Aufmerksamkeitsressourcen, (2) als Grundlage für ökonomische Souveränität, Autonomie, insb. Widerstandskraft („Resilienz“) (Hopkins, 2008) und (3) als „Prinzip Verantwortung“ (Jonas, 1979) angesichts mangelnder ethisch vertretbarer Alternativen zur Reduktion.

Prosumenten und Subsistenz

Die Postwachstumsökonomie sieht u.a. vor, industrielle Fremdversorgung teilweise und punktuell durch urbane Subsistenz zu ersetzen: (1) Eigene Produktion (z.B. in Gemeinschaftsgärten), (2) Instandhaltung/Reparatur von Konsumgütern (z.B. in Repair Cafes), (3) Gemeinschaftsnutzung (z.B. vier Nachbarn teilen sich ein Auto) sowie (4) Gesundheit/Selbstwirksamkeit (z.B. durch körperliche Arbeit, Bewegung, gesunde Ernährung, künstlerische Aktivitäten).

Subsistenzleistungen speisen sich aus drei Ressourcen, durch die soziale Sicherheit nicht vom Arbeitsmarkt abhängig ist („dekommodifiziert“): (i) Handwerkliche, manuelle, künstlerische Fähigkeiten, (ii) eigene Zeitressourcen und (iii) soziale Vernetzung. Diese Ressourcen wären synchron zum teilweisen Industrierückbau zu erzeugen, um den Output- und Einkommensrückgang durch Subsistenzpraktiken sozial verträglich zu gestalten. Duale Versorgungsstile, bestehend aus 20 Stunden Erwerbsarbeit und 20 Stunden Eigenarbeit verweisen auf sog. „Prosumenten“ (Toffler, 1980).

Regionalökonomie

Als ergänzendes Versorgungssystem mit geringerem Spezialisierungsgrad, Technik- und Kapitalaufwand nutzt die Regionalökonomie unternehmerische Spezialisierungsvorteile, jedoch de-globalisiert, basierend auf arbeitsintensiveren Prozessen sowie ergänzenden Regionalwährungen. Handwerk, Ökolandbau, wissensintensive Dienst- und Reparaturleistungen sowie Sharing-Services und kleinräumige Kreislaufwirtschafts- und Energiesysteme zählen zu den Outputs.

Angepasste Industriesysteme

Der nach Ausschöpfung obiger Reduktionspotenziale verbleibende Bedarf an Industrieproduktion beschränkt sich auf den optimierten Ersatz nicht mehr zu erhaltender Objekte. Bestandspflege, Aufwertung, Renovation, Konversion, Sanierung, Nutzungsdauerverlängerung und Nutzungsintensivierung würden zur produktionslosen Wertschöpfung beitragen. Gleiches gilt ebenso für Märkte für gebrauchte und aufgearbeitete Güter sowie Sharing- und Verleihsysteme, insb. ein langlebiges, reparables Produktdesign.

Institutionelle Maßnahmen

Boden-, Geld- und Finanzmarktreformen, insb. Regionalwährungen mit einer das Zinsniveau gegen Null senkenden Geldumlaufsicherung könnten im System inbegriffene Wachstumszwänge mildern. Veränderte Unternehmensformen (z.B. Genossenschaften, Gemeingüter) würden die Gewinndynamik dämpfen. Ein Abbau Wachstum fördernder Subventionen könnte ökologische Schäden und die öffentliche Verschuldung (Schuldenkrise) reduzieren. Die Postwachstumsökonomie sieht zudem ein Bodenversiegelungsmoratorium und Rückbauprogramme vor. Insb. Flughäfen, Industrieflächen, Autobahnen, Parkplätze und wären teilweise zu entsiegeln, zu renaturieren oder für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu nutzen, um die Landschaftsverbräuche dieser Technologie (Technikfolgenabschätzung) zu reduzieren. Produkte wären mit dem CO₂-Fußabdruck entlang ihres Lebenszyklus zu kennzeichnen. Nötig wären weiterhin auch eine Vermögenssteuer (Vermögen), ein Bildungssystem, das zur urbanen Subsistenz befähigt, und die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit etc.

Dies ist ein Gastbeitrag von [apl. Prof. Dr. Niko Paech](#). Bis September 2016 arbeitet er als Vertreter

des Lehrstuhls Produktion und Umwelt an der [Carl von Ossietzky Universität Oldenburg](#). Er forscht, lehrt und publiziert unter anderem in den Bereichen Klimaschutz, nachhaltiger Konsum, Umweltökonomik, Sustainable Supply Chain Management, Nachhaltigkeitskommunikation, Diffusionsforschung, Innovationsmanagement und vor allem Postwachstumsökonomik. Paech ist Träger verschiedener Nachhaltigkeitspreise und engagiert sich in etlichen Netzwerken, Projekten und Genossenschaften.

Weitere Informationen:

Blog: www.postwachstum.de